

## **Protokoll Nr. 29 (2019-2023) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen**

Sitzungstag: 13.01.2022      Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr      Sitzungsende: 22:25 Uhr      Sitzungsart: Videokonferenz

---

### Vom Ortsamt

Jörn Hermening  
Silke Lüerssen

### Vom Beirat

Ralf Bohr  
Angelika Brand  
Rainer Conrades  
Hans-Peter Hölscher  
Heinz Hoffhenke  
Uwe Jahn  
Uwe Janko  
Kai Kaufmann  
Carsten Koczwar  
Dr. Christian Kornek  
Beata Linka  
Christian Meyer  
Waltraut Otten  
Gerhard Scherer  
Alexander Schober  
Hannelore Sengstake  
Nurtekin Tepe

### Gäste

Dr. Christian Vater (Fa. Die Bremer Stadtreinigung)  
Tobias Lehr und Olaf Stölting (Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)  
Petra Putzer und Tanja Seekamp (Amt für Soziale Dienste)  
Kai Bogner (Übergangwohnheim Arberger Heerstraße)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung 02.12.2021 sowie Rückmeldungen**

**TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

**TOP 3: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau**

**TOP 4: Vorstellung des Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 – Stadtteil Hemelingen**

hier: Abgabe einer Stellungnahme

**TOP 5: Verlängerung der Genehmigung des sog. Grünen Dorfes**

**TOP 6: Sachstand, weiteres Vorgehen Schlichtung Bolzplatz Schlengpark**

**TOP 7: Beiratsverschiedenes**

Alle Abstimmungen im Verlauf der Sitzung erfolgen nach namentlichem Aufruf der einzelnen Beiratsmitglieder.

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und begrüßt Kai Kaufmann, der in den Beirat durch den Rücktritt von Christa Komar nachgerückt ist, sowie die weiteren Teilnehmenden. Kai Kaufmann, stellt sich kurz vor.

Da zum mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche geäußert werden, wird dieser als Tagesordnung beschlossen.

## **TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.12.2021 sowie Rückmeldungen**

Das Protokoll der Sitzung vom 02.12.2021 wird genehmigt.

### Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse

Antwort der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) auf den Beschluss vom 02.12.2021 „Einsicht in Leistungsbeauftragung“: *...Sie haben mir den o.g. Beschluss vom 02.12.2021 übermittelt: Darin fordert der Beirat Hemelingen die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, dem Beirat Hemelingen die jeweils aktuelle Leistungsbeauftragung einzureichen, mit dem der Umweltbetrieb Bremen für die Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen und Straßenbäume beauftragt wird. Außerdem wird der Umweltbetrieb Bremen aufgefordert, dem Beirat stets unmittelbar nach Budgetfreigabe seine gesamten, stadtteilbezogenen Vertrags- und Sondererlöse für Hemelingen darzulegen. Darüber hinaus ist dem Ortsamt/Beirat die bereits ausgearbeitete Kostenanalyse des jeweiligen Vorjahres für den öffentlichen Raum des Stadtteils Hemelingen einzureichen. Begründet wird diese Forderung u.a. damit, dass „der Beirat seine Rechte in der Vergangenheit bislang nicht oder nur sehr eingeschränkt wahrnehmen konnte, da er nur fragmentäre Informationen zu den konkreten Leistungsbeauftragungen, Regel- und Sonderbudgets erhalten oder ihm diese absichtlich vorenthalten wurden. Der Beirat erhielt 2021 beispielsweise keine Informationen zu den Bremen-Fonds und konnte somit, entgegen der gesetzlichen Regelung, nicht seine Entscheidungsrechte geltend machen.“ Dazu nehme ich wie folgt Stellung: Zunächst einmal möchte ich betonen, dass sowohl mein Haus – und hier insbesondere das Referat 30/Grünordnung – als auch der Umweltbetrieb Bremen die gute Zusammenarbeit mit den Beiräten aus den letzten Jahren fortsetzen möchten. Sowohl das Haus SKUMS als auch der UBB wertschätzen das Engagement und die guten Ortskenntnisse der Beiräte in ihren Stadtteilen. Dieses Potential soll natürlich für die Sicherung und Weiterentwicklung der Grün-Blauen-Infrastruktur in den Stadtteilen genutzt werden. Jedoch bin ich etwas irritiert über Ihre Aussage, dass Sie nur fragmentäre Informationen zu den konkreten Leistungsbeauftragungen, Regel- und Sonderbudgets erhalten oder Ihnen diese absichtlich vorenthalten werden. Diesen Vorwurf kann ich so nicht stehen lassen! Planungen zum Aus- oder Umbau sowie zur Neuanlage von öffentlichen Grünanlagen werden den Beiräten oft in persönlicher Anwesenheit in öffentlichen Beirats- bzw. Ausschusssitzungen vorgestellt. Dazu werden i.d.R. die Planunterlagen vorab zur Verfügung gestellt. Grundlage dafür ist das Beirätegesetz § 10 Abs. 1 Nr. 7. Zur Umsetzung einer Maßnahme ist die Zustimmung des Beirates erforderlich. Außerdem werden i.d.R. jährlich die für das Folgejahr zur Verfügung stehenden „Stadtteilbudgets“ für die Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen sowie deren Herleitung offengelegt. Dies geschieht schriftlich; bei Bedarf und auf Wunsch der Beiräte werden die Stadtteilbudgets auch persönlich in Beirats- oder Ausschusssitzungen dargestellt und erläutert. Auch hier ist auf der Grundlage des § 10 Abs. 2 Nr. 3 des Beirätegesetzes die Zustimmung des Beirates erforderlich. Für 2020 und 2021 ist das allerdings unterblieben, da der Haushalt für das Jahr 2020 erst sehr spät im Jahr kurz vor den Sommerferien beschlossen wurde. Eine Befassung der Beiräte hätte erst nach den Sommerferien ab September stattfinden können. Im Hinblick auf das anstehende Folgejahr sollten die Beiräte dann mit den Stadtteilbudgets für 2021 befasst werden. Aber auch der Haushalt 2021 wurde aufgrund der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie erst sehr spät im Jahr beschlossen. Dies ist aber eine Ausnahmesituation gewesen und soll sich nach Möglichkeit nicht wiederholen.*

Insofern werden seitens der Mitarbeiter:innen meines Hauses sowie des UBB sämtliche Informationen zu den Regelaufgaben bezüglich der Planungen zum Aus-, Umbau oder Neubau sowie zum Mitteleinsatz zur Unterhaltung der stadtteilbezogenen Grün- und Parkanlagen zur Verfügung gestellt. Bezüglich des Mitteleinsatzes zu den Maßnahmen aus dem Bremen-Fonds gebe ich Ihnen Recht. Hier hat nur teilweise eine Beteiligung der Beiräte stattgefunden. Dies war aufgrund der engen zeitlichen Abläufe aber leider nicht möglich. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden in diesem Jahr erst Ende März zur Verfügung gestellt und müssen bis Ende Dezember 2021 abgerechnet werden. Bei Maßnahmen in insgesamt ca. 135 Grünanlagen in 21 Stadtteilen konnten die einzelnen Maßnahmen nicht mit der Ortspolitik abgestimmt werden. Die vorhandenen Stadtteilbudgets wurden in der gleichen Systematik der Herleitung der Stadtteilbudgets um die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel aufgestockt. Mit den zusätzlichen Mitteln wurden Maßnahmen umgesetzt, die die Folgen der Corona-Pandemie abfedern. Dies sind i.d.R. Maßnahmen zur Verbesserung der Ausstattung sowie zur besseren Nutzbarkeit von Grünanlagen. Der Umweltbetrieb musste umgehend mit Planung, Ausschreibung und Vergabe beginnen, um die Maßnahmen noch in diesem Jahr umsetzen zu können. Kriterien für die Berücksichtigung von Maßnahmen waren dabei u.a. die hinlänglich bekannten Wünsche der Beiräte sowie die vorhandenen und bekannten Mängel in den Grünanlagen. Die Leistungsbeauftragung UBB erfolgt über den jährlich (oder zweijährlich) neu zu erstellenden Jahresauftrag zwischen SKUMS als Auftraggeber und UBB als Auftragnehmer. Grundlage dafür sind die zur Verfügung stehenden Haushaltsanschlüsse für die Pflege der öffentlichen Grünanlagen; die Ansätze sind also identisch mit denen der Stadtteilbudgets. Darüber hinaus werden im Jahresauftrag weitere Leistungen mit entsprechenden Budgets festgelegt, z.B. für die Pflege der Straßenbäume, der Kleingartenanlagen, der Friedhöfe sowie für Planungsleistungen der Planungsabteilung und Verwaltung der städtischen Kleingärten. Diese Budgets sind nicht variabel, sondern dienen zur Erbringung fest definierter Leistungen. Insofern müssen sie auch nicht vom Beirat beschlossen werden. Bei Bedarf kann der jeweils aktuelle Jahresauftrag zur Information zur Verfügung gestellt werden. Derzeit befindet sich der Jahresauftrag 2022 und 2023 in Vorbereitung. Die Beauftragung erfolgt allerdings erst, wenn der Haushalt 22 / 23 beschlossen wurde. Stadtteilbezogene Sondererlöse sind Mittel, die der UBB über den Jahresauftrag hinaus erhält bzw. als Eigenbetrieb erwirtschaftet. Das können z.B. von der Politik zusätzlich bereitgestellte Mittel (in 2020 und 2021 beispielsweise für die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit von Straßenbäumen nach den trockenen Sommern sowie einigen Sturmereignissen) sein. Bei diesen Mitteln handelt es sich i.d.R. nicht um Mittel, die variabel einsetzbar sind, sondern um zweckgebundene Mittel (hier Herstellung der Verkehrssicherheit von Straßenbäumen). Außerdem erwirtschaftet der UBB kleinere Budgets durch sogenanntes Ersatzgeld bei Baumverlusten oder –beschädigungen durch Dritte auf der Grundlage des Naturschutzgesetzes oder der Bremischen Baumschutzverordnung. Auch diese Mittel sind nicht frei verfügbar, sondern werden zweckgebunden – nach Möglichkeit an Ort und Stelle – verwendet. Die gewünschte „ausgearbeitete Kostenanalyse des Vorjahres“ dient nicht der zielgerichteten Mittelplanung bzw. des Mitteleinsatzes. Die Kostenanalyse ist eine „Nachbetrachtung“ des Mitteleinsatzes. Anhand der Kostenanalyse lässt sich ermitteln, wie die Mittel eingesetzt wurden, z.B. wie viel Arbeits- und Fahrzeugstunden je Grünanlagen aufgewendet wurden bzw. wie hoch der Mitteleinsatz je Grünanlage in der Nachbetrachtung im letzten Jahr war. Das ist ein rein betriebswirtschaftliches Instrument zur Steuerung der betriebsinternen Abläufe beim UBB und dient gleichermaßen dem Auftraggeber zur Kontrolle des Mitteleinsatzes (Verwendungsnachweis). Die Einbeziehung der Beiräte bei den betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten ist wenig zielführend. Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass die Beiräte selbstverständlich nach wie vor bei Planungen zum Aus- oder Umbau sowie zur Neuanlage von öffentlichen Grünanlagen sowie bei der Erstellung der Stadtteilbudgets für die Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen umfassend beteiligt werden. Bei Bedarf kann auch der jeweils aktuelle Jahresauftrag UBB mit den dort festgelegten Budgets für die einzelnen Aufgabenbereiche zur Verfügung gestellt werden. Ebenso die über den Jahresauftrag hinausgehenden Budgets aus Drittmitteln oder Sonderaufträgen. Diese sind jedoch nicht „verhandelbar“, da sie i.d.R. nur zweckgebunden verwendet werden können. Darüber hinaus möchte ich das Angebot unterbreiten, die am 4.

November 2021 erstmals mit über 50 Teilnehmenden durchgeführte Informationsveranstaltung für Beiräte und Ortsämter „Strategien zur Entwicklung des städtischen Grüns und der städtischen Freiräume“ (Themenschwerpunkt am 4.11: Handlungskonzept Stadtbäume) in ein regelmäßig wiederkehrendes Format zu überführen. Das digitale Online-Format bietet die Möglichkeit, mit einem überschaubaren Zeitaufwand komplexe Zusammenhänge einem breiten Teilnehmer:innenkreis zu vermitteln und zur Diskussion zu stellen. Erstmals könnte so in dieser Form nach Beschluss des kommenden Haushaltes über die Stadtteilbudgets 2022 und 2023 informiert werden. Zu dieser Veranstaltung lade ich für Ende Januar/Anfang Februar ein.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

## TOP 2 Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

### Baumfällung in der Bennigsenstraße und der Stresemannstraße

Hannelore Sengstake spricht die in der Bennigsenstraße und der Stresemannstraße durchgeführten Baumfällungen für den Bau der Straßenbahntrasse Querverbindung Ost an. Sie wohne selbst in unmittelbarer Nachbarschaft und sei von betroffenen Anwohner:innen angesprochen worden. Die Stimmung der Bürger:innen vor Ort sei „am kippen“. Christian Meyer ergänzt, dass über diese Fällungen in der Presse berichtet wurde. Leser:innen der Presseberichterstattung denken, dass der Beirat für diese Fällungen verantwortlich sei. Insgesamt habe der Beirat gegenüber den Bürger:innen versagt, die nun durch den Bau benachteiligt werden. Er sei enttäuscht vom Verhalten einiger Beiratsmitglieder. Man sollte vor Ort entscheiden, was für den Stadtteil gut sei und nicht, was für die Politik der Bürgerschaft gut sei. Mit seinen Parteikollegen aus der CDU sei er „hart ins Gericht“ gegangen“. Als eine „Katastrophe“ bezeichnete Heinz Hoffhenke die Abholzarbeiten und teilt mit, dass er vor Ort gewesen sei.

Ralf Bohr teilt mit, dass man doch Ross und Reiter nennen müsse - Die Entscheidung sei in der Bürgerschaft gefallen. Die CDU habe dem Verkehrsentwicklungsplan 2025, in dem der Ausbau aufgeführt worden war, zugestimmt. Er möchte an die Prognosen der Gutachter erinnern: Die Querverbindung spare jährlich 900 Tonnen CO<sup>2</sup> ein.

Uwe Jahn führt die folgenden Nachteile für den Stadtteil Hemelingen auf: „Künftig wird die Linie 2 ab der Bennigsenstraße Richtung Vahr abbiegen und nicht mehr bis zum Depot Sebaldsbrück fahren – damit wären Teile Hemelings schlechter an die Stadt angebunden. Der Beirat hat seine Bedenken angemeldet, denen nicht gefolgt wurde.“ Jens Dennhardt (Fachausschuss (FA) „Stadtteilentwicklung und Wirtschaft“) betont, dass auch die Hemelinger SPD in den eigenen Reihen gegen die Querspange gekämpft habe: „Wir haben auch versucht, die Querspange in der SPD zu verhindern, sind aber damit gescheitert.“ Das heiße aber nicht, dass man versagt habe, sondern dass man im demokratischen Prozess eine Niederlage erlitten habe.

Uwe Janko teilt mit, dass dem Bau der Querspange ein Plan aus dem Jahr 2014 zugrunde liege. Ein Zeitpunkt, an dem man noch von sinkenden Einwohner:innenzahlen und zurückgehendem Verkehr in Hemelingen ausgegangen sei. Die Bedingungen haben sich seitdem so massiv verändert, dass es unglaublich sei, dass man den Plan nicht noch einmal geändert habe.

### Bürgeranträge

- Bürgerantrag von Hildburgh McLoughlin vom 13. 12.2021 zu Planung des Rennbahngeländes - Klimatischer und ökologischer Schutz:

*Ich beantrage bei allen geplanten baulichen Maßnahmen (dem Volksentscheid und dem Ortsgesetz folgend) auf dem Rennbahngelände die **ökologischen Belange und Gegebenheiten** der Fläche nicht außer Acht zu lassen, die der Stadt hinlänglich bekannt sind (siehe auch mehrere Gutachten über die Jahre (SKUMS und Universität Bremen).*

***Es geht um jeglichen Artenerhalt, um die Artenvielfalt!***

**Was auch bedeutet, dass auf jegliches „Auskoffern“ (schwing- und lärmintensiv) des Bodens zu verzichten ist!**

### **Begründung:**

Umwelt- und Naturschutz sind mehr als das „Fähnlein insektenfreundliche Beleuchtung“. Beide müssen – gerade auch von der Verwaltung – bei allen Planungen ernsthaft gelebt/berücksichtigt werden, sollten wie der Gender-Prüfung Standard sein! Hilfsweise verweise ich auf meine Anträge vom 07.10.2021:

Antrag 4: Keine 7. Ampel auf der Ludwig-Roselius-Allee (auf rd. 3 km)

Antrag 7: Fischarten "Bitterling und Steinbeisser"

Antrag 8: Versuche zur Rettung der europäischen Flusskrebse

Antrag 9: Habitatschutz für die sog. Bombentrichter.

Jörn Hermening teilt mit, dass der Geschäftsführungsausschuss auf seiner gestrigen Sitzung den Bürgerantrag zur Kenntnis genommen und darauf hingewiesen hat, dass der Artenschutz in den Zuständigkeitsbereich der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) fällt und der Artenschutz bei Bauarbeiten berücksichtigt werde.

- Bürgerantrag von Hildburgh McLoughlin vom 03.01.2022:

Aufgrund der **Vereinbarungen** zum und am **Runden Tisch Rennbahngelände (RTR)** betreffend „**Ortsgesetz über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche**“ (**Ortsgesetz**), das als **Ergebnis** eines **Gesamt-Bremer Volksentscheids** im Jahr **2019** am 29.06.2019 in Kraft trat, beantrage ich, **den Baubeschluss „Nord/Süd-Querung des Rennbahngeländes“ zurückzunehmen!** Ersatzweise ist der Beschluss bis zum Ende der Gesamtplanung „Ortsgesetz“ zurückzustellen.

### **Begründung:**

Die verschiedenen regionalen Organe der Stadt Bremen respektierend ist festzustellen: Ein **Volksentscheid**, der die **Willensbekundung aller** zum betreffenden Zeitpunkt **wahlberechtigten Bürger\*innen ganz Bremens** darstellt, **darf nicht entgegen der festgelegten Abläufe zur Umsetzung des Ortsgesetzes** und des RTR von regionalen oder städtischen Organen **unterlaufen werden**. Dies geschieht jedoch durch **vorgreifende Beschlüsse des Ortsamts Hemelingen, des Regionalausschusses Hemelingen und Vahr sowie der Baudeputation Bremen**.

**Der zum Wohl aller Bremer\*innen bekundete Willen der Bürger\*innen – siehe § 1 Ziel des Ortsgesetzes – muss unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in Ausschüssen oder Gremien maßgebend sein!**

**Ich appelliere heute mit meinem neuerlichen Bürgerantrag nochmals an das Ortsamt Hemelingen, den ordnungsgemäßen Planungsverlauf einzuhalten und von einer vorgezogenen Maßnahme abzusehen**. Diese Querung von Nord nach Süd will und braucht niemand. Sie ist **einzig (partei-)politisch gewollt** und **wird jegliche weitere Beplanung des Geländes behindern bzw. einschränken**. **Damit wird zudem der RTR beschädigt** sowie alle zukünftigen Runden Tische:

**Runde Tische müssen ergebnisoffen verlaufen, die dort getroffenen Verabredungen müssen Gültigkeit haben!**

Jörn Hermening teilt mit, dass der Geschäftsführungsausschuss auf seiner gestrigen Sitzung den Bürgerantrag zur Kenntnis genommen und darauf hingewiesen hat, dass das Verfahren zur Nord-Süd-Querung abgeschlossen sei.

- Bürgerantrag von Hartwig Könsen und Joachim Meyer vom 12.01.2022:

Unseren Bürgerantrag stellen wir, um den „Arberger Dorfplatz-Grasfläche“ in seiner Gesamtheit unverändert zu erhalten und lehnen weiterhin den Bau einer Boule Bahn auf diesem Platz ab. Es darf nicht sein, das Bild der Grasfläche mit altem Baumbestand und Blumenbewuchs zu zerstören. Die Bezirkssportanlage halten wir für den Bau einer Boule Anlage für wesentlich besser geeignet. Dadurch könnte auch die spielerische Verbindung zwischen Hemelinger Spieler-inne der Tamra-Hemelinger-Anlage besser möglich werden,

*Viel junge und alte Arberger-innen haben sich für die Bezirkssportanlage ausgesprochen.*

**Begründung:**

*1. Lage der Anlage*

*Diese Bezirkssportanlage ist vor Jahrzehnten mit Steuergeldern sehr groß, mit genügend Sportflächen angelegt worden. Sie verfügt über einen Fußballplatz, leichtathletische Anlage und ungenutzte Rasenfläche im Parkbereich. Für eine Boule Anlage gibt es genug Flächen. Insbesondere der große Platzbereich vor der Halle, an der rechten Seite, ist bestens für eine Boule Anlage geeignet. Für Wettkämpfe im Einzel- oder Mannschaftsspiel könnte hier auch eine zweite Boule Bahn geplant werden. je nach Teilnehmerzahl hätten die Einzel-Boule-Spieler keine Nachteile, Bilder vom vorgeschlagenen Standort und eine Anlagenskizze mit Erklärung (siehe Anlage 1) ist beigefügt.*

*2. Umfeld der Anlage*

*Eine gartenähnliche Anlage – alte Bäume, Büsche, Sträucher usw. umgibt die gesamte Bezirkssportanlage, hinzu kommt ein erfreulicher Blick auf landwirtschaftliche Flächen. Die Wohnbebauung ist weit entfernt. Diese Bewohner werden zu keiner Tageszeit gestört oder können sich belästigt fühlen. Also, es kann auch zwanglos der Boule Sieg bejubelt werden. Wie es im Sport üblich ist.*

*3. Die Infrastruktur ist ideal / Alle Altersgruppen können kommen!*

*Gepflasterte Parkplätze für PKWs liegen direkt neben der Boule Bahn. Radfahrer und Rollstuhlfahrer können über den neu gepflasterten Fuß- und Radweg der Arberger Heerstr. die Anlage problemlos erreichen. Keine Belästigung durch Parken von PKWs vor Wohnhäuser. Beide Bushaltestellen für Hin-Rückfahrten durch den gesamten Ortsteil Hemelingen liegen in unmittelbarer Nähe, direkt vor der Tür, keine 50 -100 m entfernt.*

*4. Weitere Vorteile für den Platz auf der Bezirkssportanlage*

*Eine evtl. Bewässerung /Pfleger der Boule Anlage sollte mit den verantwortlichen im Ortsamt Hemelingen organisiert bzw. abgesprochen werden, ist aber möglich. Viele Möglichkeiten liegen direkt vor der Tür. Dies gilt auch für die Toiletten-Benutzung der Sporthalle - rechter Eingang - und des nahen Jugendheims. Das Jugendheim könnte ideal für Boule Spieler - Eltern mit Kindern- genutzt werden. Mutter und Vater spielen, die kleinen Kinder sind im Jugendheim unter Aufsicht oder spielen auf der dahinter liegenden Sportanlage. Auch die Bezirkssportanlage kann für sportliche Aktivitäten genutzt werden.*

*5. Bau von einem Boule Platz*

*Boule Plätze in der Größenordnung von 4 x 15 m, 60 qm plus Umfeld, müssen schon bei 100 qm liegen (siehe Tamra-Anlage). Lt. Information eines Fach-Unternehmens liegen die Kosten heute bei ca. 8.000,-- Euro. Bei Änderung der Untergrund-Schichten, wie Kieselstein-Füllschichten oder der Verschleißschicht, ist die Festigkeit der Spielfläche nicht mehr gegeben; alles wird zu Staub. Je nach Zielsetzung einer Entscheidung der Gremien, kann auch eine größere Anlage wie Tamra-Hemelingen-Park möglich sein. Zusätzlich sind natürlich die „Wartungskosten“ zu errechnen.*

*6. Werbung für den Boule Sport*

*„Boule Sport kostenlos für JUNG und ALT, ohne Mitgliedschaft in einem Verein“. Ein Gymnasium liegt in der Nähe – um auch die Jugend für den Boule-Sport zu begeistern. Viele Erwachsene fahren an der Anlage vorbei. Also, potentielle Boule Freunde werden aufmerksam. Werbemöglichkeiten sind unbegrenzt. Für den gesamten Ortsteil Hemelingen und deren Bürge:innen bringt der Bau einer Boule Bahn auf der Bezirkssportanlage einen „Mehrwert ohne Grenzen!“ Die Bezirkssportanlage wird wieder neu wahrgenommen! Alternativen zu diesem Antrag gibt es, aber kein Platz ist so geeignet wie die Bezirkssportanlage Hemelingen-Arbergen.*

*Für den Beirat Hemelingen macht es Sinn, sich einmal mit diesem Bürgerantrag zu beschäftigen und den Standort zu genehmigen.*

Der Beirat kommt überein, dieses Thema zur weiteren Behandlung in den FA „Bau, Klimaschutz und Verkehr“ am 18.01.2022 zu verweisen.

### **TOP 3 Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau**

Jörn Hermening stellt kurz den aktuellen Sachstand vor (siehe Anlage 2). Der Beirat kommt überein, dieses Thema zur weiteren Behandlung in den FA „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ am 24.01.2022 zu verweisen.

### **TOP 4 Vorstellung des Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 – Stadtteil Hemelingen**

Dr. Christian Vater stellt anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3) kurz den Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 für Hemelingen wie folgt vor:  
Die Umstellung der Recycling-Stationen wird für die Dauer von einem Jahr durch eine Arbeitsgruppe begleitet (z. B. Umsetzungsschritte, Ermittlung der Kund:innenakzeptanz, Öffnungszeiten, Verkehrsströme und abfallwirtschaftliche Auswirkungen). Mitglieder der Arbeitsgruppe sind zwei Vertreter der Fa. Die Bremer Stadteinigung (DBS) DBS sowie vier Vertreter:innen der Beiräte. Die Vertreter:innen der Beiräte werden von der Beirätekonferenz benannt. Die erste Sitzung soll am 28.01.2022 stattfinden.

Der Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 und die Argumentation der Beiräte wurde intensiv in einer Verhandlungsgruppe bestehend aus Vertreter:innen der Beirätekonferenz, Staatsrat Herrn Meyer und Vorstand der (DBS) behandelt. Die finale Abstimmung zum Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 ist am 22. September 2021 erfolgt. Die Beirätekonferenz hat an diesem Termin dem Kompromissvorschlag zugestimmt, den zuvor die o. g. Verhandlungsgruppe erarbeitet hat. Insbesondere die Punkte Erweiterung des Angebotes und der Öffnungszeiten sowie in eine Reduzierung der Winterschließzeit, die auch der FA des Beirates Hemelingen kritisch angemerkt hat, sind in die Verhandlungsgruppe eingeflossen und werden umgesetzt. Im Ergebnis sind diese Punkte mit positiven Auswirkungen auf den Betrieb der Recycling-Station Hemelingen verbunden.

#### Auswirkungen auf die Recycling-Station Hemelingen

Die Recycling-Station Hemelingen wird sich zukünftig auf die Annahme von Grünabfällen und Metallen spezialisieren. Zusätzlich werden Glas, Textilien und kleine Elektrogeräte auf oder an den Stationen angenommen (Containerplatz). Weiterhin werden auf den Standorten Gelbe Säcke ausgegeben.

Die Umstellung der Recycling-Station Hemelingen zur Grün-Station soll im 1. Quartal 2022 erfolgen.

Die Öffnungszeit der Grün-Stationen wird von drei auf vier Tage erweitert. Ein Öffnungstag mit Nachmittagsöffnung wird etabliert. Die Grün-Station Hemelingen hat nachfolgende Öffnungszeiten:

- Montag und Freitag von 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr
- Dienstag und Mittwoch geschlossen
- Donnerstag von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr
- Samstag von 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Die Winterschließzeit wird von zwölf auf acht Wochen verkürzt und die Grün-Station Hemelingen ist von Mitte Dezember bis Mitte Februar geschlossen.

#### Auswirkungen auf die Recycling-Station Hulsberg

Die Recycling-Station Hulsberg ist Bremens zentralste Abgabestelle für Wertstoffe und wurde im Mai 2020 umgebaut. Die Recycling-Station spielt als sogenannter Vollsortimenter mit einem geplanten Ausbau zum Recycling-Center auch zukünftig eine wichtige Rolle im Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024. Mit dem Umbau des Standortes im Jahr 2020 konnte die Betriebsfläche der Station nahezu verdoppelt werden und beträgt ca. 5.000 m<sup>2</sup>. Die Abgabezeiten und die Sicherheit auf der Station konnten durch diese Erweiterung entscheidend

verbessert werden. Die weitere große Verbesserung betrifft die Trennung der Verkehrswege auf der Station. Bisher musste ein Teil der Container im laufenden Stationsbetrieb getauscht werden. Dies führte zu Wartezeiten für die Kund:innen und zu einem ineffizienten Containerwechsel. Die Verkehrswege der Containerfahrzeuge und der Anliefernden laufen zukünftig voneinander getrennt. Der Containeraustausch kann von der rückwärtigen Containerseite erfolgen. Damit werden Störungen bei der Abfallanlieferung der Besuchenden vermieden und zudem die Sicherheit erhöht.

Im Zuge des Entwicklungsplanes Recycling-Stationen 2024 auf den top-modernen und modernen Recycling-Stationen werden auch die Öffnungszeiten angepasst und die Recycling-Station Hulsberg hat zukünftig nachfolgende Öffnungszeiten. Weiterhin wird auch ein Ausbau zu einer top-modernen Station geplant.

- Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr
- Donnerstag von 11:00 Uhr bis 19:00 Uhr
- Samstag von 9:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Die Verkehrssituation auf der Recycling-Station Hulsberg wird durch die Mitarbeitenden kontinuierlich beobachtet und zukünftig über die Eingangskontrolle gesteuert. Die Recycling-Station wird intensiv genutzt. Insbesondere in den Saisonzeiten für Grünabfälle ist deshalb auch ein Rückstau in den öffentlichen Bereich nicht immer zu vermeiden. Sobald eine Grundstücksfrage in diesem Zusammenhang geklärt ist, wird die DBS ein Verkehrs-Fachgutachten in Auftrag gegeben.

Die DBS kommt dem Wunsch des Beirates nach, die Recycling-Station im Rahmen des Ausbaus künftig in Recycling-Station Hastedt umzubenennen. In Kürze soll im Rahmen einer Allgemeinverfügung die Umbenennung veröffentlicht werden.

Jens Dennhardt stellt fest, dass das Konzept durch den Einsatz der Verhandlungsgruppe verbessert worden sei. Uwe Jahn ergänzt, dass es nunmehr deutlich werde, dass das jetzige Konzept ein Kompromiss sei, der auf Druck der Beirätekonferenz entstanden sei. Ralf Bohr merkt an, dass der Beirat die Forderung nach anderen Öffnungszeiten gestellt hatte. Er sehe, dass es ein Entgegenkommen gegeben habe und fordert eine Evaluierung, die dem Beirat in einem Jahr vorgestellt werden soll. Weiterhin fehle ihm ein Verkehrskonzept für die Station an der Bennigsenstraße, da es dort doch erhebliche Verkehrsströme gebe. Gerhard Scherer teilt mit, dass weiterhin dringend ein Verkehrskonzept für die Bauphase der Querverbindung Ost benötigt werde. Christian Meyer ergänzt, dass der Verkehrsfluss im Kreuzungsbereich Stresemannstraße / Bennigsenstraße besondere Beachtung erfahren müsse. Alexander Schober bemerkt, dass durch die vorgestellten Einschränkungen des Angebotes bei den kleineren Annahmestellen die Verkehrsströme bei den größeren wohl zunehmen werden. Uwe Janko befürchtet, dass die Ansammlung von sog. wildem Müll zunehmen werde solange das top-moderne Recycling-Center im Stadtteil Osterholz (in Planung ist der Eröffnung ab 2023) nicht eröffnet werde.

Dr. Christian Vater antwortet, dass

- die o. g. Arbeitsgruppe sich regelmäßig treffen und es in 2023 Zwischenergebnisse geben werde
- ein Verkehrs-Fachgutachten in Auftrag gegeben werde
- wilde Müllansammlungen sozialpolitisch als auch abfallwirtschaftlich ein Problem seien. Mittlerweile werde an acht Standorten stadtwweit eine Sperrmüllentsorgung angeboten

Jörn Hermening stellt den nachfolgenden Beschlussvorschlag zum überarbeiteten Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 zur Abstimmung:

*Der Beirat Hemelingen nimmt den am 13.01.2022 vorgestellten Entwicklungsplan Recycling-Stationen 2024 zur Kenntnis.*

*Der Beirat begrüßt*



*die Veränderungen, die nach der Beteiligung der Beiräte aufgenommen worden sind.  
und  
die Umbenennung der Station Hulsberg in Station Hastedt entsprechend der  
Beiratsforderung*

*Der Beirat kritisiert - die Schließzeiten und Schließungstage der Station Hemelingen.  
und bittet um*

- die Evaluation des umgesetzten Entwicklungsplans im Jahr 2024.*
- die Vorstellung der Ergebnisse der überarbeiteten dauerhaften Verkehrsplanung  
sobald diese vorliegen und die Einbeziehung des Beirates in die Planungen.*

*An SKUMS:*

- dem Beirat soll für die Bauphase der Querverbindung Ost zeitnah ein  
Verkehrskonzept für den gesamten betroffenen Bereich in Abstimmung mit anderen  
Baumaßnahmen vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

### **TOP 5 Verlängerung der Genehmigung des sog. Grünen Dorfes**

Tobias Lehr teilt einleitend mit, dass seit Mitte 2021 stark steigende Zuzüge nach Bremen stattfänden. Besonders Menschen aus dem Westbalkan, aber auch aus den Krisenregionen Syrien und Afghanistan kämen seitdem in Deutschland und somit auch in Bremen an. Dies sei für das Sozialressort eine große Herausforderung, da anders als 2015 viele Familien unter den Geflüchteten seien. Das Grüne Dorf sei als Appartementanlage konzipiert; dies käme dem Sozialressort sehr entgegen. Weiterhin ermögliche die Anlage bei Quarantäne eine gute Aufteilung. Es bestehe ein großes Interesse, die Anlage weiter nutzen zu dürfen. Über Immobilien Bremen (IB) laufe zurzeit die Prüfung, ob eine Verlängerung für fünf Jahre möglich sei. Einen aktuellen Belegungsstand werde er noch mitteilen.<sup>1</sup>

Dr. Christian Kornek merkt zu Beginn der Diskussion an, dass das Gelände auf dem das Grüne Dorf errichtet wurde, im Flächennutzungsplan als Sportweiterungsfläche festgeschrieben ist.

Gerd Scherer teilt mit, dass das Übergangwohnheim (ÜWH) gut geführt werde – er plädiere für eine Verlängerung. Seine Fraktion sei aber gegen die Einführung einer Tempo 30 Zone im Bereich des dortigen Standortes. Ralf Bohr merkt an, dass der Beirat aus Gründen der Verkehrssicherheit bereits mehrheitlich gefordert und beschlossen hat, dass in der Arberger Heerstraße - von dem Jugendhaus bis zur Nauheimer Straße - die Einführung von Tempo 30 erforderlich ist. Die SKUMS in ihrer Funktion als Oberste Straßenverkehrsbehörde ist u. a. zu diesem Streckenabschnitt (das Amt für Straßen und Verkehr hatte sich bisher aufgrund des sog ÖPNV-Vorbehalts ablehnend positioniert) gebeten worden, eine Entscheidung im Sinne des Beiratsbeschlusses zu treffen. Kai Kaufmann ergänzt, dass es auch um die Kinder und Jugendlichen ginge, die das Jugendhaus aufsuchen. Gerd Scherer entgegnet, dass die Kinder, die im ÜWH wohnen, auf dem Gelände und nicht auf dem Gehweg oder auf der Straße vor dem ÜWH spielen würden. Dr. Christian Kornek ergänzt, dass er regelmäßig am Grünen Dorf vorbeifahren würde und noch keine spielenden Kinder vor dem Gelände gesehen habe. Raserei werde nicht durch die Einführung von Tempo 30 verhindert.

---

<sup>1</sup> Belegungsstand am 14.01.2022: 102 Personen sind untergebracht.

Aufgeschlüsselt nach Alter:

0 bis 17 Jahre: 38 Personen, davon sind 18 männlich und 20 weiblich

Ab 18 Jahre: 64 Personen, davon sind 44 männlich und 20 weiblich

Christian Meyer bemerkt, dass das Thema „Sport“ für seine Fraktion sehr wichtig sei. Die Sporterweiterungsfläche sollte nicht so langfristig mit anderen Nutzungen belegt werden.

Auf die Frage von Carsten Koczwarra, ob das Grüne Dorf erweitert werden könnte, antwortet Tobias Lehr, dass dies theoretisch denkbar sei – das Sozialressort suche immer Plätze - aber die Anlage sei schon recht groß. Ralf Bohr ergänzt, dass dies schon die zweite Ausbaustufe sei und man sich fragen müsse, ob mit einem weiteren Ausbau der Ortsteil nicht überfordert werde. Nurtekin Tepe bemerkt, dass das Grüne Dorf in seiner jetzigen Größe gut laufe und man es daher bei dieser Größenordnung belassen sollte.

Hans-Peter Hölscher teilt mit, dass er sich mit einer Verlängerung für fünf Jahre „schwer tue“. Kai Kaufmann und Gerd Scherer teilen mit, dass sie für eine Verlängerung von drei Jahren plädieren.

Jörn Hermening stellt den nachfolgenden aus der Diskussion heraus entnommenen Beschlussvorschlag zu einer Verlängerung um drei statt fünf Jahre zur Abstimmung:

- *Der Beirat begrüßt die Verlängerung des Grünen Dorfes für 3 Jahre.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)  
(Gerhard Scherer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

Jörn Hermening stellt den nachfolgenden aus der Diskussion heraus entnommenen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- *Für eine mögliche erneute Verlängerung bitten wir rechtzeitig einen Antrag zu stellen und dem Beirat vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)  
(Gerhard Scherer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

Jörn Hermening stellt den nachfolgenden aus der Diskussion heraus entnommenen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- *Nach der Nutzung durch das Übergangwohnheim sollen die Flächen für die vorgesehene Bestimmung der Sport genutzt werden.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Jörn Hermening stellt den nachfolgenden aus der Diskussion heraus entnommenen Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- *Der Beirat fordert die Einrichtung von Tempo 30 von Hemelinger Heerstraße durchgängig bis zur Einmündung Nauheimer Straße. Begründung: Dies soll neben dem Schutz der 50 % Bewohner:innen zwischen 0 und 16 Jahren im Übergangwohnheim Arbergen als auch dem Schutz der Schüler:innen der Wilhelm-Olbers-Schule und dem Schutz der Kinder und Jugendlichen, die regelmäßig das Jugendhaus besuchen, dienen.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

## **TOP 6 Schlichtung Bolzplatz Schlengpark**

Olaf Stöltling trägt die folgende Stellungnahme des Fachdiensts Spielraumförderung vor: *Es wurde festgestellt, dass die Grundlage für eine Umsetzung zum aktuellen Zeitpunkt nicht gegeben ist.*

- *Nach Stellungnahme des Unterhaltungsträgers Umweltbetrieb Bremen (UBB) wird dort kein Bedarf gesehen. Der Platz ist auch mit seiner hohen Nutzung in einem guten Zustand. Es gibt keine Löcher in der Fläche, der Unterbau drückt nirgends durch die Deckschicht. Von Umbauten wird seitens UBB abgeraten und unter dem Punkt Wirtschaftlichkeit näher erläutert.*

- *Beschwerden von Nutzern bezüglich der Belagsqualität wurden dem Fachdienst Spielraumförderung nicht gemeldet.*
- *Nach dem SGB VIII und dem BremKJFFöG sind wir verpflichtet, Junge Menschen und ihre Familien über alle sie unmittelbar betreffende Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen zu beteiligen. Eine Vorabprüfung der Bedarfslage z.B. der demografischen Entwicklungen bietet die Grundlage, fachliche Standards wie eine gendgerechte Beteiligung im Quartier ist ein Standard im Fachdienst Spielraumförderung und wird vor einem Beteiligungsverfahren abgefragt.*
- *Die Wirtschaftlichkeit wird bei einem Gummiplatz an diesem Ort kritisch gesehen. Der UBB stellt auf diesem Platz eine hohe Frequentierung und ein hohes Maß an Vandalismus und eine Müllproblematik fest. Auf Grund seiner Lage ist nicht auszuschließen, dass es zu erhöhten Mehrkosten durch Reparaturen der Kunststofffläche und Reinigungen kommen wird. Grundsätzlich müssen Kunststoffplätze jährlich einmal von einer Fachfirma maschinell gereinigt werden. Die Reinigungskosten belaufen sich auf mind. 2.000 € pro Platz.*
- *Eine Kostenschätzung bildet bei Neugestaltung die Gesamtkosten ab. Bei Auftragsvergabe an den UBB müssen die Gesamtkosten gesichert sein. Der Fachdienst Spielraumförderung hat in 2021 keinen Antrag beim WIN Forum gestellt und im Vorfeld keine Kosten erhoben.*

Olaf Stöltzing gibt im folgenden aktuelle Informationen zu Umsetzungsmöglichkeiten der Planungsabteilung UBB bekannt: *Im Rahmen einer Vorabfrage im Fachbereich Planung und Bau des Umweltbetriebs Bremen wurde die Rückmeldung gegeben, dass es dort aktuell keine Kapazitäten für ein neues Projekt gibt. Ein Planungsbeginn mit Kostenschätzung und Entwurfsplanung könnte frühestens im Sommer 2022 starten, mit einer Umsetzung kann somit 2023 gerechnet werden.*

Jörn Hermening stellt fest, dass es aufgrund der vorgetragenen Stellungnahme auf der heutigen Sitzung wohl zu keiner Einigung kommen werde und stellt - da von den Beiratsmitgliedern kein weiterer Diskussionsbedarf signalisiert wird - den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

*Aufgrund der nicht erreichten Einigung zum Bau des sog. Gummiplatzes im Schlengpark in der Beiratssitzung vom 13.01.2022 fordert der Beirat eine Beschlussfassung zum Thema in den zuständigen Gremien der bremischen Bürgerschaft gem. §11 BeirOG ein und bestätigt damit den Beschluss zum Thema vom 07.10.2021.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

## **TOP 7 Beiratsverschiedenes**

### Nachbenennung in den Controlling-Ausschuss

Das Vorschlagsrecht liegt bei der CDU-Fraktion: Christa Wilke (FA „Jugendbeteiligung“) wird benannt.

Weitere Themen werden aus zeitlichen Gründen auf die nächste Sitzung des Beirates verschoben. Jörn Hermening schließt die Sitzung um 22:25 Uhr.

gez. Hermening  
Vorsitzender

gez. Jahn  
Beiratssprecher

gez. Lüerssen  
Protokoll